

1973 ?



KIERSPE
KREIS:
LÜDENSCHIED

WUSSTEN SIE SCHON ?



Wußten Sie schon?

Die Firma Mäsenhöller & Co. hat zugesagt, auf dem von uns seit Jahren geforderten Wochenmarkt Kierspe eine Fischbude aufzustellen.

Fundsache

Aus dem "Verwaltungsbericht Kierspe 1972", Seite 81, Abs. 4a

"Unterhaltung der Rasenflächen und Grünanlagen entsprechend den Erfordernissen. Diese Leistung war nur möglich durch die Anschaffung eines Hako-Treckers mit Sichelmähgerät und Grasfangkorb."

Die unterstrichenen Geräte waren zum 1. 11. 1973 noch nicht einmal ausgepackt!

In eigener Sache

"Der MOLOCH GESAMTSCHULE frißt alles auf." Dieses Wort ist in Kierspe gefallen und viele Bürger werden diesem Ausspruch beim ersten Zuhören zustimmen wollen, auch wenn sie an das besondere Engagement der Kierspe SPD für diese Schule denken.

In Wirklichkeit ist der Aufbau dieser Schule jedoch nur in Zusammenhang mit umfassenden Maßnahmen einer breiten Versorgung aller Bürger unserer Stadt zu sehen. Dabei denke ich nicht einmal an so "nebensächliche" Abfallprodukte, die durch den Bau der GSK vielen Kierspern zugute kommen werden:

die moderne Freihandbibliothek mit über 40.000 Bänden, das Kulturzentrum für den Vereinsring durch den Bau der Mensa und des pädagogischen Zentrums, das Sport- und Freizeitzentrum mit Stadion, Kleinspielfeldern, Tennisplätzen etc.

Die Gesamtschule Kierspe ist in der Tat ein umfangreiches und augenfälliges Glied in einer langen Kette von Versorgungseinheiten unserer Stadt. Nicht von ungefähr engagiert sich die SPD immer wieder dort, wo es den Bedürfnissen aller Bürger, und vor allem den sozial schwächeren Menschen, entgegenkommt.

Darum in diesem Heft zwei Schwerpunkte:

1. Wie werden unsere Kinder im Jahre 1985 unterrichtet werden?
2. Bericht über die Altenbefragungsaktion in unserer Stadt.

Allen Bürgern wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für 1974.

Jörg Raguse
1. Vorsitzender
SPD-Ortsverein Kierspe

Wie werden die Kiersper Kinder im Jahre 1985 unterrichtet werden?

Feststellungen, Thesen, Forderungen zu notwendigen Maßnahmen vorschulischer und schulischer Versorgung und Entwicklung im Stadtgebiet bis zum Jahr 1985.

Einer der Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik ist von jeher die Schulpolitik gewesen. Die SPD hat immer den Standpunkt vertreten, daß eine Gleichheit der Lebenschancen nur über eine Gleichheit der Bildungschancen erreicht werden könne. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Zeit lehren uns, daß diese Bildung schon bei der Erziehung des Kleinkindes anfängt. Deshalb müssen alle Überlegungen, die eine Gemeinde anstellt, auch mit der Einrichtung für das Kind, das noch nicht die Schule besucht, beginnen.

Damit die Überlegungen nicht von Mal zu Mal neu angestellt werden müssen, fordert die SPD die Stadtverwaltung auf, einen Schulentwicklungsplan zu erstellen, der die Leitlinien für die schulpolitische Arbeit der Stadt für die nächsten 12 Jahre festlegt.

Dabei ist zu bedenken, daß in Kierspe besonders günstige Bedingungen anzutreffen sind.

Kindergärten und Vorschulklassen für die noch nicht schulpflichtigen Kinder

Alle Kinder in Kierspe sollten bis 1977 einen Kindergarten besuchen können, allen Fünfjährigen sollte ein Vorschulplatz zur Verfügung stehen. Die Vorschulen sollten den Kiersper Grundschulen zugeordnet werden. Freie Grundstücke sind in der Nähe dieser Schulen vorhanden und müßten jetzt schon von der Stadtverwaltung planerisch berücksichtigt werden.

Für Rönsahl und Vollme müßten geeignete Standorte noch ermittelt werden.

Besonders günstig für dieses Projekt ist die Tatsache, daß die Pavillons, die jetzt für die Gesamtschule errichtet wurden, ab 1977 frei werden und dann für die Vorschulen gebraucht werden können.

Im Bereich der GS soll eine Modell-Kindertagesstätte errichtet werden. Sie soll den ganzen Tag für Kleinkinder, Kindergartenkinder, Vorschulkinder und Grundschul Kinder offenstehen.



Wie geht es mit der Grundschule weiter?

In Kierspe wird es auch weiterhin zwei Grundschulen geben. Sie sind mindestens zweizügig. In keiner Klasse sollten bis 1975 mehr als 35 Schüler sein, für jede Klasse müßte ein Lehrer zur Verfügung stehen. Das sind aber immer noch zu viele Schüler und zu wenige Lehrer. Deshalb fordert die SPD, daß es bis 1985 nur noch Grundschulklassen mit weniger als 24 Schülern gibt und auf 19 Schüler ein Lehrer kommt.

Auch an den notwendigen Fachräumen fehlt es heute noch an den Grundschulen. Beide Schulen brauchen schnell Fachräume für den Sachkundeunterricht, für Kunst und Werken. Die Bismarckschule braucht eine neue Turnhalle.

Damit alle Lehrer in Kierspe am selben Strang ziehen, ist es notwendig, daß sie regelmäßig zusammenarbeiten. Deshalb sollten die beiden Grundschulen gemeinsame Stoffpläne ausstellen und die Fachlehrer Arbeitsgruppen bilden, um den Unterricht gemeinsam zu planen. Darüber hinaus sollten die Lehrer aller Kiersper Schulen (Vorschulen, Grundschulen, Sonderschule, Gesamtschule) gemeinsame Konferenzen einrichten, um Ihre Arbeit aufeinander abzustimmen.

Gesamtschule und Sonderschule

Die Gesamtschule vermittelt den Hauptschulabschluß, die Fachoberschulreife und das Abitur. Ein Berufsgrundschuljahr, das neben dem gewöhnlichen 10. Schuljahr angeboten wird, sollte unbedingt eingerichtet werden. Sobald der Bau der GS fertig ist, werden die Schüler der GS unter nahezu idealen Bedingungen unterrichtet werden.

Auch die Sonderschule arbeitet räumlich unter ausgezeichneten Voraussetzungen. Sie soll nun als Versuchsmodell am Schulversuch "Sonderschule" des Landes NRW beteiligt. Um die Ausbildung der Schüler zu verbessern, sollte sie so schnell wie möglich in eine Ganztagschule umgewandelt werden. Die räumlichen Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Die notwendigen technischen Einrichtungen können schnell und mit geringen Mitteln installiert werden.

Was wird aus den Gesamtschülern nach dem 10. Schuljahr?

1978 wird an der GS das erste Abitur abgelegt. Das betrifft aber nur einen Teil der Kiersper Schüler. Die anderen besuchen die Berufsschule. Deshalb fordert die SPD, daß die Oberstufe der GS (11. - 13. Schuljahr) durch Zusammenarbeit mit anderen Schulen (Berufsschulen und Gymnasien) auch auf den berufsbezogenen Unterricht ausgedehnt wird. Die beste Möglichkeit dafür ist die Kollegschule, in der alle Schüler nach dem 10. Schuljahr unterrichtet werden. Eine solche Kollegschule für das Volmetal soll durch einen Kollegstufenausschuß vorbereitet werden. Daran sollten die Gemeinden Halver, Kierspe, Meinerzhagen und der Kreis unter dessen Federführung beteiligt sein.

Der Ausschuß sollte seine Arbeit umgehend aufnehmen.

Unter "Briefe an die MZ" fanden wir in der Ausgabe vom 11. 10. 1973 folgenden Beitrag:

Kanalanschlußbeitrag

Am 9. 10. 73 erhielt ich eine Aufforderung zur Zahlung von Kanalanschlußgebühren für ein unbebautes Grundstück. Der Bescheid ist vom Stadtdirektor persönlich unterschrieben. Da ich mir schlecht vorstellen kann, daß unser Stadtdirektor die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung nicht gelesen hat, muß ich annehmen, daß der mit der Berechnung betraute Beamte entweder zu dumm ist, oder bewußt versucht, die Bürger zu übervorteilen. Ich könnte mir denken, daß dies kein Einzelfall ist. Meinen Mitbürgern stehe ich jederzeit zur Verfügung. Rolf Bengelsträter

Rolf Bengelsträter, Landwirt, Rönsahl-Gut Haarbecke, Mitbegründer der UWG (mangels Masse der NPD vor der letzten Kommunalwahl), guter Bekannter unseres ehemaligen Stadtbaumeisters Rudolf Richter, eifriger Besucher des hiesigen Bauamtes, ist als sogenannter "sachverständiger Bürger" für die UWG im Bau- und Wegeausschuß der Stadt Kierspe tätig.

"Fachleute in den Rat" lautete der Wahlslogan der UWG vor der letzten Kommunalwahl. Fachmann Rolf Bengelsträter steht nunmehr laut von ihm verfaßten Leserbrief in der MZ ratsuchenden Mitbürgern zu "fachkundiger Beratung" in Sachen "Kanalanschlußbeiträge für unbebaute Grundstücke" zur Verfügung. Wir freuen uns über die uneigennützig Tätigkeit dieses Fachmannes. Es gibt also doch noch "sachkundige Bürger", die nicht nur ihre eigenen Grundstücke oder die ihrer Verwandten durch ihr Mitwirken im Bau- und Wegeausschuß zu Bauland machen möchten (und niemand soll sich täuschen; es wird ja an Baugrundstücken gar nicht soviel verdient, wie die Leute immer meinen).

Vor Aufnahme der Beratertätigkeit sollte der sachkundige Bürger allerdings die von ihm selbst mitberatene Satzung noch einmal sorgfältig lesen. Er ist sicherlich nicht zu dumm dazu!

Wir freuen uns über die Haltung der Verwaltung zu diesem Leserbrief, aus dieser "sachkundigen Dummheit" keinen Fehdehandschuh zu machen.

Wir empfehlen Herrn Bengelsträter, die §§ 30 Abs. 2, 24 Abs. 1 Gemeindeordnung (Treuepflicht der Rat- und Ausschußmitglieder) zu lesen.

Wußten Sie schon?

Die Personalpolitik der CDU in Verwaltungen, Vereinen und Verbänden funktioniert ausgezeichnet. Auch im "Landwirtschaftlichen Kreisverband Lüdenscheid" sorgte sie dafür, daß möglichst viele maßgebenden Funktionen mit CDU-Mitgliedern besetzt wurden. Der aktive Kreis-Geschäftsführer der Landwirte bemühte sich im letzten Bundestagswahlkampf sehr, Landwirte als CDU-Sympathisanten in Zeitungsinserten auftreten zu lassen. Wilhelm Kemper, Kierspe-Wilbringhausen, hörte auch dazu. Er wurde nun vor kurzem neuer Kreislandwirt.

Wir wünschen ihm als Kiersper Glück und Erfolg im neuen Amt. Der allseits beliebte und bekannte Fachmann ist der Bruder unseres stellvertretenden Bürgermeisters Karl Kemper (UWG) und soll dem Vernehmen nach bei den nächsten Kommunalwahlen für die CDU kandidieren. Politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den CDU/UWG-Brüdern erwarten wir nicht.

Fundsache

Aus "Der Steuerzahler" Nr. 1

Betr.: Teilnahme an Ausschreibungen der Stadt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte Sie bitten, so lange ich Mitglied des Stadtrates bin, mich nicht zur Abgabe von Angeboten für Lieferungen und Leistungen aufzufordern.

.... Ich möchte bei Vergabe von Lieferungen und Leistungen für die Stadt frei entscheiden können; deshalb ist eine Beteiligung an Ausschreibungen nicht möglich

Hochachtungsvoll

Bernhard Leberz

Diesen Brief schrieb ein Mitglied des Bundes der Steuerzahler nach seiner Wahl in den Gemeinderat an seinen Bürgermeister. Wir finden diese Haltung beispielhaft und wünschen ihr in Kierspe einige Nachahmer.



Bericht über die Altenbefragungsaktion

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 20. 6. 1972 wurde die Verwaltung beauftragt, durch eine Fragebogenaktion eine Untersuchung der sozialen Lage der alten Menschen in der Stadt Kierspe durchzuführen. Im Vordergrund dieser Maßnahme standen folgende Untersuchungsbereiche:

- a) derzeitige Wohnverhältnisse
- b) Richtung der Wohnwünsche (z. B. Altenwohnungen)
- c) persönliche Kontakte
- d) Richtung der Wohnwünsche auf eine evtl. spätere Unterbringung in Altenwohnheimen bzw. Altenheimen
- e) Feststellen der benötigten Hilfeleistungen

Im Oktober 1972 wurden 1829 Fragebogen an unsere älteren Mitbürger verschickt. Erfasst wurden die Jahrgänge von 1879 - 1908. Zurückgegeben und damit beantwortet waren 1260 Bogen, das entspricht einer Beteiligung von rd. 69 %. Ausgehend von dieser Prozentzahl kann gesagt werden, daß diese Zahl in etwa ein echtes Bild der Wünsche und Bedürfnisse der älteren Bürgerinnen und Bürger ergibt.

Zusammenstellung der Jahrgänge 1879 - 1908 - Auswertung -

Insgesamt beantwortete Bogen	1.260	Personen
davon Frauen	751	"
davon Männer	509	"

Familienstand

ledig	71	"
verheiratet	721	"
verwitwet	431	"
geschieden	21	"

Frage:

Können oder werden Kinder bei Erkrankung der Eltern helfen oder die Pflege übernehmen?

mit <u>nein</u> beantwortet	447	"
mit <u>ja</u> beantwortet	775	"

Art des Einkommens

aus eigener Tätigkeit	75	"
aus Rente oder Pension	1.029	"
aus Sozialhilfe	53	"
aus sonstigen Einkommen	111	"

Gesundheitszustand

Frage: Wird fremde Hilfe benötigt?

mit <u>nein</u> beantwortet	1.091	"
mit <u>ja</u> beantwortet	169	"

noch Gesundheitszustand

für Hausarbeit	139	Personen
für Kranken- und Gebrechlichkeitspflege	30	"

Frage: Wird Versorgung gewünscht?

a) durch fahrbaren Mittagstisch	34	"
b) aus sonstigen Gründen	1	"

Frage: Bestehen Wünsche nach einer anderen Wohnung ?

mit <u>bald</u> beantwortet	25	"
mit <u>später</u> beantwortet	47	"

Art der Wohnung

Komfortwohnung	3	"
normale Wohnung mit Zentralheizung	35	"

Altenwohnung 24 "

Altenheim 10 "

An dieser Stelle möchte ich nochmals im Namen des Sozialausschusses allen danken, die an der Untersuchungsaktion mitbeteiligt waren; der Verwaltungsabteilung des Sozialamtes, den Gemeindschwestern und einigen anderen freiwilligen Helfern.

Gerhard Dunkel, Vorsitzender des Sozialausschusses

Wenngleich wir vermutlich bei der Frage von Altenbegegnungsstätten im Stadtbereich eine führende Stelle im Kreisgebiet einnehmen, so darf uns das aber nicht daran hindern, nach weiteren Formen einer modernen Altenhilfe zu suchen; dies kann nur ein erster Schritt sein. Es müssen Hilfen und damit weitere Einrichtungen angeboten werden, die den Wünschen unserer älteren Mitbürger nach Selbständigkeit und eigener Haushaltsführung Rechnung tragen und es ihnen ermöglichen, die gewohnten Lebensumstände beizubehalten und eine gesellschaftliche Isolierung zu vermeiden.

Diese Feststellung zeigt sich auch in der Zahl von 169 Personen, die irgendeine Art von fremder Hilfe benötigen. Es muß untersucht werden, welche Art von Hilfeleistungen hier gefordert werden, z. B. stundenweise Hausarbeit, Einkaufs- und Wäschedienst usw.

Noch deutlicher wird diese Feststellung bei der Bedarfszahl der Altenwohnungen. Schon bei dem Bau der Altenwohnungen am Kalberkamp war der Bedarf größer als die vorhandenen Wohnungen. Die Möglichkeit, in einer altersgerechten Wohnung eigenverantwortlich wirtschaften zu können, dürfte vermutlich bei diesen älteren Bürgern gegenüber dem Aufenthalt im Altenheim vorgezogen werden.

Um eine angemessene, d. h. im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues liegende Miete zu erzielen, müßten ggf. seitens der Stadt besondere Zuschüsse je Wohnungseinheit gezahlt werden. Ein noch engeres Zusammenarbeiten mit dem Gemeinn. Bauverein Kierspe kann der Sache nur dienen.

Wir sollten auch das kirchtumspolitische Denken zum evtl. Bau eines eigenen Altenheimes für die Stadt Kierspe ablegen - solchen Denken geht an der Realität vorbei. In Meinerzhagen wird in unmittelbarer Nachbarschaft der Erweiterungsbau des Altenheimes des Perthes - Werkes geplant. Die Stadt Kierspe hat sich finanziell schon an den Planungskosten beteiligt. Möge daher niemand glauben, daß wir hier in Kierspe für eine solche Einrichtung irgendwelche Zuschüsse bekämen, abgesehen von der schwierigen Frage der Trägerschaft.

Welche Einrichtung der Altenhilfe in Kierspe sinnvoll ist - auch realistischer - das ist der Bau eines Altenwohnheimes.

Das Altenwohnheim ist eine Zusammenfassung in sich abgeschlossener Wohnungen, die die Bewohner in die Lage versetzen, möglichst lange ein selbständiges Leben zu führen. Im Altenwohnheim bestehen im Bedarfsfall eine Reihe von Möglichkeiten der Versorgung und der Betreuung durch das Heim. Die Bewohner können bei Bedarf mit Essen versorgt werden. Sie können darüber hinaus Hilfen verschiedener Art - auch eine nach Art und Zeit begrenzte Pflege - durch geeignetes Personal in Anspruch nehmen.

Da die Mehrzahl der Bewohner sich selbst versorgt und fremder Hilfe nicht bedarf, ist der Personalaufwand im Vergleich zum Altenheim bedeutend geringer.



Fundsache

Aus dem "Verwaltungsbericht Kierspe 1972", Seite 73, Abs. 3. 10
Bebauungsplangebiet Nr. 10 "Kalberkamp"

"Die bauliche Erschließung des Baugebietes geht aufgrund der Baugenehmigungen der Unteren Bauaufsichtsbehörde zügig weiter. Die Erstellung des Bebauungsplanes machte die Erneuerung der Rahmenkarten notwendig. Auch ist die vom Rat im Jahre 1970 beschlossene städtebauliche Konzeption ständig an die erteilten Baugenehmigungen anzupassen. In mehreren Sitzungen befaßten sich der kleine Bauausschuß und der Bau- und Wegeausschuß mit dem Bebauungsplangebiet. Hier sei nochmal erinnert an die Beratungen über die Fußwegeverbindungen im westlichen Plangebiet, an den Beschluß, den verlängerten Stormweg (Grundstück Engstfeld) und die Erschließungsstraße im Bereich des Husarenweges als öffentliche Verkehrsfläche festzusetzen. Im Jahre 1973 ist mit der Fertigstellung des geometrisch eindeutigen Bebauungsplanes durch das Büro des öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Hofmann, Plettenberg, zu rechnen."

Mit Bedauern und Bitternis stellen wir fest: Auch im Jahre 1973 ist mit dieser Leistung nicht zu rechnen.



Fundsache

Aus dem "Unionbrief" der CDU, Sept. 1973, unter
"Zwei Fragen"
"Warum bleibt in Kierspe kein Baumeister?"

Der Unionbrief möchte mit dieser Frage den Bürgern etwas zum Nachdenken geben!
Kurz gedacht, dann laut gelacht!

Die Frage ist falsch! Sie muß lauten:

Warum bleibt in Kierspe kein CDU-Baumeister?

Immerhin war der letzte sehr sorgfältig von der CDU/ÜWG ausgesucht. Versucht man mit solchen Fragen die Fehlwahl der Parteitippen zu vertuschen?

KONTAKTE!

Wenn Sie Rat und Hilfe in kommunalen Angelegenheiten brauchen, Unterstützung gegen den Behördenapparat suchen oder Ihre berechtigten Interessen im Stadtrat und seinen Ausschüssen vertreten werden müssen, können Sie sich vertrauensvoll an die Ratsherren der SPD wenden. Den meisten von Ihnen sind sie ja bekannt. Nachstehend noch einmal die Adressen:

Paul Sinderhauf	Kierspe Hinterste Berg 4	Tel. 3119
Erich Berges	Kierspe Volmestraße	Tel. 2719
Gerhard Dunkel	Kierspe An der Währ 3	Tel. 3007
Heinz Potthoff	Kierspe Bahnhofstraße 1	Tel. 3652
Heinz Hinzen	Kierspe Thingslindestraße	Tel. 2228
Manfred Nentwich	Kierspe Bordinghauser Weg	Tel. 2486
Fritz Schütz	Kierspe Erlenweg	
Dr. Dieter Aderhold	Kierspe Am Nocken	Tel. 2443
Willi Wendt	Kierspe Erlenweg	
Heinz Lohmann	Kierspe Jahnstraße	
Walter Vollmann	Kierspe Rönsahl	Tel. 02284/200

Auch überörtlich vermitteln Ihnen Rat und Unterstützung:

Alfred Dietrich, Kreistagsabgeordneter,	Kierspe Bordinghauser Weg	Tel. 2450
Dr. Dieter Aderhold, SPD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Lüdenscheid	Kierspe Am Nocken	Tel. 2443
Peter Hamel, Mitglied des Landtages,	Lüdenscheid Höher Weg 18	Tel. 40697
Friedhelm Halfmeier, SPD-Bundestagskandidat unseres Wahlkreises	Altena Am Breitenhagen 6	Tel. 23194



Herausgeber: SPD-Ortsverein Kierspe

Verantwortlich: Jörg Raguse, 1. Vors., Kierspe 2, Eltinghausen, Tel. 3540

1973 ?



KIERSPE
KREIS:
LÜDENSCHIED

WUSSTEN SIE SCHON ?